

APD INFORMATIONEN

DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES
Zentralausgabe für Deutschland

Dezember 2015
32. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

DEUTSCHLAND	Süddeutsche Adventisten wählen neuen Kirchenleiter	2
	Adventisten auch 2015 wieder engagiert für Kinder und Jugendliche	2
	Positive Bilanz beim Thema Kirchenasyl	3
	Neue Direktorin des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim	3
	„Menschenrechte müssen Staaten, Religionen und Weltanschauungen vorgeordnet sein“	4
	Hansa-Vereinigung der Adventisten veröffentlicht Erklärung zur Frauenordination.....	4
	Freikirchen heben Frieden als Grundwert hervor	5
	Deserteurdenkmal in Hamburg eingeweiht	6
INTERNATIONAL	Adventisten bekräftigen Engagement für Erhalt der Umwelt.....	7
	Erklärung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei zur Frauenordination.....	8
	Treffen zur Ermutigung adventistischer Pastorinnen in Kopenhagen	9
	Schießerei in San Bernardino: Adventisten trauern mit Opferfamilien	10
	Britische Luftschläge in Syrien: Adventisten rufen zum Frieden auf.....	10
	Adventistisches Krankenhaus in Hongkong mit 25-stöckigem Anbau	11
	Kairo: „Think Green“ - Adventistische Schule entsorgt 240 Tonnen Müll	11
	Adventistische Weltkirchenleitung: Menschen mit besonderen Bedürfnissen vermehrt einbeziehen.....	12
ENTWICKLUNG	Kinder verschenken Weihnachtsfreude.....	13
	„Fluchtursachen bekämpfen und faire Asylverfahren sichern“	13
	ADRA Brasilien versorgt Betroffene der Schlammlawine mit Trinkwasser	13
	Bosnien und Herzegowina 20 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton	14
KULTUR	50 Jahre Zweites Vatikanisches Konzil.....	16
MEDIEN	YouTube bei Zwölf- bis 19-Jährigen vor Facebook und WhatsApp.....	17
	Online-Suchdienst für Weihnachtsgottesdienste.....	18
	Neue Genfer Bibelübersetzung jetzt mit drei Verlagen	18
	Impressum.....	19

DEUTSCHLAND

Süddeutsche Adventisten wählen neuen Kirchenleiter

Altena/APD Pastor Werner Dullinger (53) ist neuer Präsident des Süddeutschen Verbandes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten (SDV). Das in Altena/Nordrhein-Westfalen tagende Verwaltungsgremium des SDV (Verbandsausschuss) wählte Dullinger vor Abschluss der offiziellen Amtsperiode (2017), da sein Vorgänger, Pastor Rainer Wanitschek, Ende Oktober in eine andere Aufgabe bei der teilkontinentalen Kirchenleitung in West- und Südeuropa mit Sitz in Bern/Schweiz, gerufen worden war. Zum Süddeutschen Verband mit Sitz in Ostfildern bei Stuttgart gehören 15.508 erwachsen getaufte Mitglieder in 221 Kirchengemeinden. Im SDV haben sich die regionalen Kirchenleitungen (Vereinigungen) in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern zusammengeschlossen.

Der aus Deggendorf in Bayern stammende neue Kirchenleiter studierte nach dem Abitur am damaligen Theologischen Seminar Marienhöhe der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt. Von 1980 bis 1984 war er Jugendpastor in München, sowie ab 1990 ordiniertes Pastor in Marburg an der Lahn. Von 1987 bis 1989 studierte er an der adventistischen Andrews Universität in Berrien Springs, Michigan/USA, und schloss mit einem Master of Divinity (M.Div.) in Theologie ab. Ab 1991 war er Abteilungsleiter für den Bereich Kinder und Jugend der regionalen Kirchenleitung der Adventisten in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. 2003 bis 2006 absolvierte Dullinger berufsbegleitend ein Masterstudium in „Leadership and Administration“ ebenfalls an der Andrews Universität. 2007 wurde er als Finanzvorstand in den Süddeutschen Verband der Freikirche berufen – eine Tätigkeit, die er bis zu seiner jetzigen Wahl ausübte. Werner Dullinger ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Adventisten auch 2015 wieder engagiert für Kinder und Jugendliche

Ostfildern/APD Auch 2015 hat die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten das Wohl von Kindern und Jugendlichen im ganzen Bundes-

gebiet durch gottesdienstliche Veranstaltungen, Pfadfinderaktivitäten, Schulungen und Veröffentlichungen gefördert. Dazu unterhält sie neben eigenen Abteilungen für Kinder- und Jugendarbeit ein Religionspädagogisches Institut (RPI) und einen Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ (SGb). RPI und SGb haben die Kinderschutz-Broschüre „Wenn ich mal nicht weiterweiß ...“ herausgegeben.

Mit der Broschüre „Wenn ich mal nicht weiterweiß ...“ wollen die Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland schulpflichtigen Kindern im Einflussbereich der Freikirche helfen, gesund und geschützt heranzuwachsen. Gerade dann, wenn sie sich von Erwachsenen bedrängt fühlen. Bereits 2009 hatte die Kirche die Arbeitshilfe „Sexueller Gewalt begegnen“ herausgegeben, um alle erwachsenen Mitglieder über dieses Thema zu informieren und dafür zu sensibilisieren.

Ungute Gefühle und Tipps zum Umgang damit

In der Broschüre „Wenn ich mal nicht weiterweiß ...“ werden diffuse Gefühle sowie mehrdeutige Situationen thematisiert, die für ein Kind schwierig einzuordnen sind. „Verschiedene Gesetze verbieten Erwachsenen, dich zu schlagen oder dich ständig runterzumachen. Dort steht drin, dass du selbst entscheiden darfst, mit wem du kuscheln [...] willst“, heißt es unter dem Titel „Regeln für Erwachsene“. Den Kids wird erläutert, dass Erwachsene sich im Umgang mit Kindern an Regeln halten müssen und dass es Kinderrechte gibt, auf die sie sich beziehen können.

Nummer gegen Kummer – alles anonym

Kinder seien Jesus nie lästig gewesen, heißt es in der Broschüre. Er habe sich Zeit für sie genommen. Es gebe auch heute Erwachsene, die Kindern selbstlos helfen würden, wenn sie nicht mehr weiterwüssten. Als Ansprechstelle, die Kindern in allen Anliegen Hilfe und Beratung bietet, wird die Telefonnummer 0800-1110333 angegeben. Mit einem imaginären Gesprächsverlauf werden den Kindern Tipps gegeben, wie sie Hilfe in Anspruch nehmen können. Sofern die Kinder dies wünschen, bleibt alles anonym, und niemand zwingt sie, etwas preiszugeben, das sie für sich behalten wollen.

Kirchengemeinde als Schutzraum

Die Kirche sei verpflichtet, ihren Kindern Schutz und Aufklärung zu bieten, betonten Professor Johann Gerhardt, Vorsitzender des SGb, und Pastor Jochen Hårdter, Leiter des RPI, bei der Vorstellung der Broschüre in der Freikirchenzeitschrift „Adventisten heute“. Das Religionspädagogische Institut habe das Thema „Missbrauch“ in seiner Ausbildung verankert und werde es auch zum Gegenstand des Religionsunterrichts für Kinder machen. Außerdem bietet das RPI einen thematischen Gottesdienst-Entwurf als praktische

Arbeitshilfe an.

Bezugsquellen

„Wenn ich mal nicht weiterweiß ...“ gibt es kostenlos als gedruckte Broschüre über folgende Adresse:

Zentrallager der STA, Senefelderstraße 15, 73760

Ostfildern (Telefon: 0711 44819-19;

zentrallager@adventisten.de;

www.adventisten.de/zentrallager).

Zum Herunterladen als PDF stehen folgende Internetseiten zur Verfügung:

sexueller-gewalt-begegnen.de, adventjugend.de, sta-frauen.de und sta-rpi.net (hier auch der thematische

Gottesdienst-Entwurf).

Positive Bilanz beim Thema Kirchenasyl

Bonn/Hannover/APD Eine positive Bilanz haben das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die christlichen Kirchen Deutschlands bei ihrem gemeinsamen Vorgehen hinsichtlich strittiger Fälle des Kirchenasyls gezogen. Im Februar 2015 hatten sich das BAMF und die Kirchen darauf verständigt, hierfür bis Ende des laufenden Jahres neue Formen der Koordination zu prüfen.

Während dieser Testphase, an der auch evangelische Freikirchen teilgenommen haben, hätten dazu benannte kirchliche Ansprechpartner Unterlagen zur Überprüfung individueller Härtefälle einreichen können. Nach einer ersten Evaluation dieses Verfahrens kämen beide Seiten zu einer durchweg positiven Bewertung und sprächen sich für eine Weiterführung aus, erläuterten die Deutsche Bischofskonferenz der römisch-katholischen Kirche und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sowie das BAMF in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Im Rahmen der neun Monate dauernden Phase seien beim Bundesamt in insgesamt 300 Einzelfällen entsprechende Dossiers von den kirchlichen Ansprechpartnern eingereicht worden. Dabei wäre es fast ausschließlich um Überstellungen nach der Dublin-Verordnung gegangen. Diese regelt, welcher europäische Staat für das Asylverfahren zuständig ist. In 142 dieser Fälle habe sich das Bundesamt zuständig für die Durchführung des Verfahrens in Deutschland erklärt. Für weitere 60 Menschen hätte eine Lösung gefunden werden können, bevor ein Kirchenasyl begonnen wurde. Die offenen Fälle würden derzeit noch geprüft.

Laut dem stellvertretenden Mediensprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Holger Teubert (Ostfildern bei Stuttgart),

hätten während der Testphase auch die adventistischen Gemeinden (Adventgemeinden) Nürnberg-Mitte, Schweinfurt und Wasserburg am Inn Kirchenasyl für Flüchtlinge aus Syrien, Äthiopien und dem Senegal gewährt.

Neue Direktorin des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim

Bensheim/KI/APD Oberkirchenrätin Mareile Lasogga (50) ist seit 1. Dezember neue Direktorin des Konfessionskundlichen Instituts (KI) in Bensheim. Die promovierte Theologin war bisher Referentin für Theologische Grundsatzfragen im Amt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in Hannover. Nach Angaben des Konfessionskundlichen Instituts wurde Lasogga einstimmig von Kuratorium und Evangelischem Bund gewählt. Sie folgt Walter Fleischmann-Bisten nach, der das KI seit 2007 leitet und zum Jahresende in den Ruhestand tritt.

Mareile Lasogga wurde in Hannover geboren und studierte evangelische Theologie in Marburg, Göttingen, Lausanne und Bern mit dem Schwerpunkt Systematische Theologie. Nach ihrer Ordination zur Pastorin der Hannoverschen Landeskirche war sie von 1998 bis 2002 Pastorin der St. Petri-Kirchengemeinde Cuxhaven und von 2002 bis 2007 Pastorin der St. Johanniskirche in Hannover. Lasogga ist durch ihre bisherigen Tätigkeiten im kirchlichen und akademischen Kontext gut vernetzt. Sie ist vertraut mit aktuellen wissenschaftlichen Diskursen und Positionen wie auch mit den Aufgaben und Herausforderungen gemeindlicher und gesamt-kirchlicher Arbeit.

Besonders am Herzen liegt Lasogga die Neuformulierung der Einsichten reformatorischer Theologie unter den Bedingungen der Gegenwart. „Theologie und Kirche haben nicht nur die Aufgabe, Traditionen für und in der Gegenwart zu aktualisieren, sondern sie müssen sich auch aktiv an der Deutung dieser Gegenwart beteiligen. Dazu bedarf es nicht nur der klaren theologischen Reflexion, sondern auch einer wachen und differenzierten Analyse unserer komplexen pluralistischen Lebenswirklichkeit“, so Lasogga.

Träger des Konfessionskundlichen Instituts ist der Evangelische Bund e.V. Das Institut beobachtet und bewertet unter anderem die aktuellen Beziehungen zwischen den christlichen Kirchen. Die Arbeit des Instituts wird zudem von der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Evangelischen Landeskirche in Baden

und der Evangelischen Kirche der Pfalz finanziell getragen. Weitere Informationen:
www.konfessionskundliches-institut.de

„Menschenrechte müssen Staaten, Religionen und Weltanschauungen vorgeordnet sein“

Bonn/APD Unter dem Titel „Christentum und die europäische Zivilisation“ lud das Professorenforum in Kooperation mit dem International Center vor Christian Studies at the Orthodox Church of Georgia (ICCS) zu einem georgisch-deutschen Symposium in das Kloster des Heiligen Kreuzes in Scheyern bei Pfaffenhofen ein.

In seinem Eröffnungsvortrag „Christentum und Menschenrechte“ erklärte Prof. Dr. Thomas Schirmacher laut den Presseinformationen Bonner Querschnitte (BQ) vor hochrangigen Repräsentanten aus Wissenschaft und Geistlichkeit beider Länder, dass der moderne Gedanke der Menschenrechte ohne seine Ursprünge im Christentum nicht ausreichend legitimiert werden könne: „Menschenrechte sind im Wesen des Menschen als Geschöpf Gottes begründet, nicht in der Zugehörigkeit zu einer Religion oder Weltanschauung.“

„Menschenrechte müssen nicht nur allen Staaten, sondern auch allen Religionen und Weltanschauungen vorgeordnet sein, sonst funktionieren sie nicht“, lautete die zentrale Forderung des Theologen und Religionssoziologen. Zwar hätten die Menschenrechte auch elementare Wurzeln im christlichen Denken, aber gerade deswegen sei die institutionelle Christenheit ihnen untergeordnet, nicht übergeordnet.

Mit dem Anspruch universeller Gültigkeit seien die Menschenrechte in Form der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 kodifiziert worden, allerdings ohne eine allgemein akzeptierte Herleitung oder Begründung mitgeliefert zu haben. Wenn es jedoch keine Rückbindung des Menschenrechtskataloges an eine höhere Instanz gebe, so Schirmachers Befürchtung, seien die Menschenrechte eben nur das Ergebnis einer Abstimmung und hätten bloß so lange Geltung, wie ihnen zugestimmt würde. Ihre Vorstaatlichkeit könne nur weltanschaulich begründet werden, sagte der Religionssoziologe. „Das Christentum tut sich am leichtesten mit dem über den Religionen stehenden, gewissermaßen säkularen Charakter der Menschenrechte“, so Schirmacher.

Menschenwürde ist unabhängig von Religion oder Weltanschauung

In der anschließenden Analyse der theologischen

Grundlagen des Menschenrechtsgedankens hob der Theologe laut Bonner Querschnitte hervor: „Menschen, und zwar alle Menschen, nicht nur die Christen, sind Geschöpfe Gottes und Ebenbilder Gottes und haben deswegen eine unglaubliche Würde, die allem anderen vorausgeht.“ Diese Würde sei unabhängig davon, wie der einzelne Mensch zu Gott stehe, also auch davon, „ob er Christ ist oder nicht“. Menschenwürde und Menschenrechte seien demnach im Wesen des Menschen als Geschöpf Gottes begründet. Folglich schaffe nicht der Staat die Menschenrechte, sondern formuliere und schütze sie lediglich.

Christliche Kirchen dürfen Menschenrechte nicht vereinnahmen

Laut BQ lautete die abschließende Forderung Schirmachers: „Die Menschenrechte müssen nicht nur allen Staaten, sondern auch allen Religionen und Weltanschauungen vorgeordnet sein, sonst funktionieren sie nicht!“

Deshalb dürften auch die christlichen Kirchen die Menschenrechte nicht für sich vereinnahmen: „Wir Christen wissen, der Umstand, dass wir an Gott glauben, bewahrt uns nicht vor schlimmen Entscheidungen und Handlungen, wie zahlreiche Beispiele der Geschichte belegen.“ Letztlich würde es aber „vielen religiösen Menschen weltweit helfen, wenn sie weniger den säkularen, und damit für sie eher bedrohlichen Charakter der Menschenrechte sehen würden, sondern sich mit dem Juden- und Christentum bei der Autorisierung der Menschenrechte durch den Schöpfer und der Verankerung der Menschenrechte im Geschaffensein durch Gott einsetzen würden.“

Das Symposium

Seit seiner Gründung Ende der 1990er Jahre verbindet das von Hans-Joachim Hahn koordinierte „Professorenforum“ Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachrichtungen, Ländern und Konfessionen zum Diskurs über christlich-abendländische Werte und Weltanschauung in ihrer Bedeutung für Wissenschaft und Gesellschaft. Dabei entstehen Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Netzwerke und Impulse in die Öffentlichkeit.

Hansa-Vereinigung der Adventisten veröffentlicht Erklärung zur Frauenordination

Hamburg/APD Die regionale Kirchenleitung der Adventisten in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern (Hansa-Vereinigung) hat am 22. November eine Erklärung veröffentlicht, die die Entscheidung der

Weltsynode in San Antonio im Sommer 2015, Frauen keine Ordination als Pastorinnen zu gewähren, bedauert. Gleichzeitig werden weibliche Gemeindeglieder ermutigt, sich für den Dienst als Pastorin zu entscheiden.

Mit dieser Erklärung wolle die Hansa-Vereinigung ein Zeichen für die eigenen Ortsgemeinden setzen, sagte Pastor Jan Kozak, stellvertretender Präsident der regionalen Kirchenleitung. Die Erklärung verdeutlicht, dass das Evangelium kein Ansehen der Person kenne, „auch nicht im Amtsverständnis“.

„Schon jetzt zeichnet sich ab“, heißt es in der Erklärung weiter, „dass die Entscheidung von San Antonio viele unserer Jugendlichen, unserer Frauen und andere Gemeindeglieder von unserer Freikirche zu entfremden droht. Unsere Verkündigung steht ohnehin unter schwierigen Rahmenbedingungen. Sie haben sich durch diesen Beschluss verschlechtert, weil die Vermittlung dieser Entscheidung nach außen kaum möglich scheint. Niemand kann auf Dauer nach außen Loyalität ausüben, die nach Innen seinem Gewissen entgegensteht.“

Der leitende Kirchenrat der Hansa-Vereinigung schließt seine Erklärung daher mit den Worten: „Wir ermutigen weiterhin weibliche Gemeindeglieder, sich für das Pastorenamt zu entscheiden und bekräftigen hiermit unsere Absicht, dem Beschluss der NDV-Vollversammlung vom 23. April 2012 gemäß zu handeln, Pastoren und Pastorinnen ohne Ansehen des Geschlechtes zur Ordination zum Predigtamt zu empfehlen.“

Am 23. April 2012 hatte die überregionale Kirchenleitung der Adventisten in Nord- und Ostdeutschland (Norddeutscher Verband, NDV) mehrheitlich beschlossen, dass innerhalb des NDV auch Pastorinnen wie ihre männlichen Kollegen ordiniert werden können. Dieses Votum entspricht zwar nicht der Beschlusslage der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, wurde bisher aber noch nicht umgesetzt.

Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Damit ist Pastorinnen auch das Amt des Präsidenten einer regionalen oder überregionalen Freikirchenleitung verwehrt, das eine Ordination erfordert.

Freikirchen heben Frieden als Grundwert hervor

Theologische Orientierungshilfe zur Friedensethik veröffentlicht

Friedensau/VEF/APD Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat sich für den Frieden als handlungsleitendes Motiv in persönlichen, gesellschaftlichen, zwischenstaatlichen und wirtschaftlichen Beziehungen und Auseinandersetzungen ausgesprochen. Die Texte der Bibel seien auch heute noch eine hochaktuelle Richtlinie in politischen Diskussionen und Gesellschaftsfragen, erklärte VEF-Präsident Ansgar Hörsting.

Mit der nun veröffentlichten theologischen Orientierungshilfe zur Friedensethik hätten sich die 14 Mitgliedskirchen der VEF „auf Kernpunkte verständigt, die vom biblischen Vorbild zeugen, dass Böses mit Gutem überwunden werden kann“, so Hörsting am Rande der Mitgliederversammlung der Vereinigung in Friedensau (bei Magdeburg). Zwar gebe es auch innerhalb der VEF eine große Bandbreite an theologischen Meinungen, und die Mitgliedskirchen würden manche Detailfragen der Friedensethik durchaus unterschiedlich beantworten: „Doch als Christen glauben wir gemeinsam an einen liebenden Gott, der uns Menschen einen außerordentlichen Wert beimisst und der will, dass wir miteinander friedvoll, in Würde und gerecht umgehen.“

Die in Form von zwölf Thesen verfasste Orientierungshilfe beginnt mit dem biblischen Menschenbild. Alle Menschen seien „als Ebenbilder Gottes geschaffen“, worin „ihre besondere Würde“ bestehe. Im Grundgesetz sei festgeschrieben, wovon die Mitglieder der VEF „geistlich überzeugt“ seien: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Weiter beschreibt die Orientierungshilfe den biblischen Grundsatz, Böses durch Gutes zu überwinden. Jesus Christus habe dieses Prinzip vorgelebt und den Christen folgerichtig das Gebot der Feindesliebe gegeben: „Das Beispiel und die Kraft Christi eröffnen uns neue, kreative, unvorhergesehene Handlungsmöglichkeiten, um Feindschaft zu überwinden und Gottes Heil zeichenhaft zu verdeutlichen.“ Staatliche Machtmittel müssten immer „einem höheren Ziel unterstellt sein, nämlich Frieden, Ausgleich, Integration und Versöhnung.“

In Bezug auf aktuelle Herausforderungen mahnte Hörsting dazu, alles zu tun, um die Gewalt im Nahen Osten zu deeskalieren. Wenn Gewalt nur mit Gegengewalt beantwortet werde, sei der Weg Jesu

verlassen. „Die westliche und die arabische Welt brauchen Versöhnung miteinander, und beide sind auf politische Verantwortungsträger angewiesen, die versöhnen und integrieren“, so Hörsting.

Die Orientierungshilfe ist abrufbar unter:
http://www.baptisten.de/fileadmin/user_upload/bgs/pdf/Pressemitteilungen/Theologische_Orientierungshilfe_der_VEF_zur_Friedensethik.pdf

Deserteurdenkmal in Hamburg eingeweiht

„Das Umdenken kam beschämend spät“

Hamburg/APD Ein Denkmal für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz wurde am 24. November in Hamburg zwischen Stephansplatz und Dammtor eingeweiht. Nach viereinhalbmonatiger Bauzeit eröffnete Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz den Gedenkort, gestaltet nach dem Entwurf von Volker Lang, gemeinsam mit dem Hamburger Künstler und Ludwig Baumann, Vorsitzender der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ und selbst Deserteur. Mit dem Deserteurdenkmal soll ein wichtiges politisches Zeichen für Zivilcourage und Gerechtigkeit gesetzt werden.

„Das Umdenken kam spät. Nicht zu spät, aber doch beschämend spät“, betonte der Erste Bürgermeister Olaf Scholz in seiner Ansprache. Erst 2002 seien die Urteile der Militärgerichte gegen Deserteure der Wehrmacht aufgehoben worden. „Wenn wir heute in Hamburg den Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz einweihen, dann bin ich auch erleichtert, dass es endlich soweit ist.“ Mit seiner Platzierung zwischen dem umstrittenen monumentalen Kriegerdenkmal des Infanterie-Regiments „Hamburg“ Nr. 76 aus dem Jahr 1936 und dem Fragment gebliebenen Gedenkmal von Alfred Hrdlicka setze die Hansestadt an einer zentralen Stelle ein „unmissverständliches Zeichen“.

Die Opfer der Wehrmachtsjustiz aus der Anonymität zurückgeholt

Künstler Volker Lang habe mit dem transparenten, offenen und begehbaren Denkmal die Opfer der Wehrmachtjustiz aus der Anonymität zurückgeholt, hob Kultursenatorin Professorin Barbara Kisseler hervor. „Damit erhalten sie die Würde zurück, die ihnen das NS-Regime nahm.“ Der Gedenkort solle Anstöße liefern und zur Auseinandersetzung über Fragen der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und der Zivilcourage einladen. Er fordere Reflektion über die Ursachen von Kriegen und

ihren Folgen wie Zerstörung, Vertreibung und Flucht. Dadurch sei das Denkmal sehr aktuell.

Mit dem Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz sollen diese lange Zeit nicht anerkannten Opfer des Nationalsozialismus angemessen gewürdigt werden, erläuterte Bildhauer Volker Lang. Er entwarf einen transparenten Baukörper in der Form eines gleichseitigen Dreiecks zwischen dem 76er-Denkmal von Richard Kuohl von 1936 und dem unvollendeten „Mahnmal gegen den Krieg“ des Wiener Bildhauers Alfred Hrdlicka aus den Jahren 1983 bis 1986. Zwei der drei Wände sind aus bronzenen Schriftgittern gebildet. Eine Betonwand schließt den Raum zum Dammtordamm ab. Die Texte der Schriftgitter sind dem Werk „Deutschland 1944“ des Autors Helmut Heißenbüttel (1921-1996) entnommen, das auch als Audioinstallation am Ort zu hören ist. Die historischen Informationen zum Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz sind als Text auf der Betonwand angebracht. Der Gedenkort wird durch acht großformatige Informationsstelen ergänzt, die in den nächsten Tagen und Wochen an den historischen Stätten der Wehrmachtjustiz, den ehemaligen Gerichtsgebäuden, den Haft- und Vollstreckungsorten und auf dem Ohlsdorfer Gräberfeld errichtet werden. Eine Broschüre zum Gedenkort ist unter www.hamburg.de/gedenkort-fuer-deserteure als Download verfügbar.

Ein Traum wird wahr

Ludwig Baumann (94), Vorsitzender der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“, dankte der Stadt Hamburg für den Gedenkort. „Das ist für mich eine bewegende Stunde und mir geht heute ein später Traum in Erfüllung.“ Er erinnerte an den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 13. Mai 1997: „Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“

Als Fahnenflüchtiger zum Tode verurteilt und geächtet

Baumann schilderte aus eigener Erfahrung, was es bedeutet habe, ein Wehrmachtsdeserteur zu sein. Als 19-Jähriger wurde er zur Kriegsmarine eingezogen. Am 3. Juni 1942 desertierte er zusammen mit einem Kameraden bei Bordeaux in Frankreich, weil er erkannt habe, „dass es ein verbrecherischer, völkermörderischer Krieg war“. Am Tag der Desertion verhafteten ihn deutsche Grenzposten. Am 30. Juni 1942 wurde er wegen „Fahnenflucht im Felde“ zum Tod verurteilt. Davon, dass das Todesurteil in eine zwölfjährige Zuchthausstrafe umgewandelt wurde, erfuhr Baumann erst nachdem er Monate in Todesangst in der Zelle eines Wehrmachtsgefängnisses verbracht hatte. Er kam als Häftling ins KZ Esterwegen im Emsland und danach ins Wehrmachtsgefängnis Torgau. Er überlebte

verwundet den Einsatz in einem Strafbataillon, in der sogenannten Bewährungsgruppe 500, in besonders gefährdeten Abschnitten an der Ostfront.

Nach der Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft hatte er es schwer in einer Gesellschaft, in der Deserteure noch immer als „Feiglinge“ geächtet wurden. 1990 gründete er mit etwa 40 noch lebenden Wehrmachtdeserteuren sowie einigen engagierten Wissenschaftlern und Historikern die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Ziel der Vereinigung war eine Aufhebung der Unrechtsurteile gegen Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“, „Kriegsverräter“, Selbstverstümmelter und andere Opfer der NS-Militärjustiz durchzusetzen, sowie deren vollständige Rehabilitierung. Das wurde mit dem Änderungsgesetz vom 23. Juli 2002 und dem Zweiten Änderungsgesetz vom 24. September 2009 des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile (NS-AufhG) von 1998 erreicht.

„Ein Beitrag für den Frieden“

Insgesamt seien laut Baumann während des Zweiten Weltkrieges über 30.000 Deserteure zum Tod verurteilt und davon rund 23.000 hingerichtet worden. Mehr als 100.000 von der NS-Militärjustiz verurteilte Soldaten hätten KZ, Straflager und Strafbataillon nicht überlebt. Erst in seinem Grundsatzurteil vom 16. November 1995 habe der Bundesgerichtshof die Wehrmachtjustiz als eine „Blutjustiz“ gebrandmarkt, „deren Richter sich wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen“. Doch nicht einer der Wehrmachtrichter sei in der Bundesrepublik Deutschland jemals bestraft worden. Der Friedensaktivist zeigte sich davon überzeugt, dass auch heute Kriegsverrat „ein Beitrag für den Frieden und eine gerechtere Welt“ wäre.

Gedenkstätte auch für Kriegsdienstverweigerer

Historiker weisen darauf hin, dass zu den „anderen Opfern der NS-Militärjustiz“ auch die Gruppe der Kriegsdienstverweigerer gehöre, die bereit gewesen sei, für ihre Überzeugung keine Waffe in die Hand zu nehmen, in den Tod zu gehen.

August Dickmann wurde als erster deutscher Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg am 15. September 1939 öffentlich hingerichtet. Er war Zeuge Jehovas. Nach Angaben von Historikern wurden bis 1945 etwa 250 deutsche und österreichische Zeugen Jehovas vom Reichkriegsgericht wegen Kriegsdienstverweigerung zum Tode verurteilt und in der Regel durch das Fallbeil getötet.

Namentlich sind elf römisch-katholische Kriegsdienstverweigerer bekannt, die im Zweiten Weltkrieg hingerichtet wurden. Hermann Stöhr ist der einzige

bekannte Christ einer evangelischen Landeskirche, der als Kriegsdienstverweigerer vom Reichkriegsgericht zum Tode verurteilt wurde. Aus den Freikirchen wurden wegen Kriegsdienstverweigerung neun Adventisten, ein Baptist und ein Mitglied der Gemeinschaft der Christadelphian hingerichtet.

INTERNATIONAL

Adventisten bekräftigen Engagement für Erhalt der Umwelt

Silver Spring, Maryland/USA/APD Anlässlich der 21. UNO-Konferenz zum Klimawandel unterstützt und begrüßt die Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten die Bemühungen der verhandelnden Staaten, eine Einigung zu finden, um die Probleme einzudämmen, welche durch den Klimawandel hervorgerufen werden, heißt es in einer Medienmitteilung der adventistischen Weltkirchenleitung. Gleichzeitig werden die knapp 19 Millionen adventistischen Kirchenmitglieder weltweit aufgerufen, für die Umwelt Sorge zu tragen.

Die Siebenten-Tags-Adventisten hätten seit Langem den verantwortungsvollen Umgang mit dem unterstützt, was Gott geschaffen habe, heißt es in der Medienmitteilung. Die Weltkirchenleitung bekräftige erneut die Überzeugung, dass alle verantwortungsvoll mit den Ressourcen umgehen müssten, die Gott gegeben habe. Bereits 1995 habe die Kirche eine offizielle Erklärung zur Umwelt verabschiedet:

„Siebenten-Tags-Adventisten glauben, dass die Menschheit zum Bilde Gottes geschaffen wurde, als Gottes Verwalter, um sich auf eine treue und sinnvolle Art und Weise um ihre natürliche Umgebung zu kümmern. Die Natur ist ein Geschenk Gottes.

Unglücklicherweise haben Männer und Frauen die Rohstoffquellen der Erde immer intensiver auf unverantwortliche Weise ausgebeutet. Die Folge waren zahlreiche Leiden, Umweltzerstörung und die Bedrohung durch die Klimaveränderung. Trotz notwendiger weiterer Forschungen ist heute schon klar, dass das Ökosystem der Erde durch die zunehmende Emission zerstörerischer Gase [...] bedroht wird.

Es gibt schreckliche Ankündigungen von globaler Erwärmung, einem steigenden Meeresspiegel, zunehmender Häufigkeit von Stürmen und

zerstörerischen Überschwemmungen, weiterer Versteppung von Landschaften und Dürrekatastrophen. Diese Probleme haben ihre Ursache hauptsächlich in der menschlichen Selbstsucht und Gier, die sich in ständig steigender Produktion, uneingeschränktem Konsum und in der Ausbeutung nicht mehr ersetzbarer Rohstoffe zeigt. Die ökologische Krise hat ihre Wurzeln in der menschlichen Gier und der Weigerung, weise und vernünftig mit den bestehenden Ressourcen umzugehen.

Siebenten-Tags-Adventisten befürworten einen einfachen, gesunden Lebensstil, bei dem die Menschen nicht in den Kreislauf von uneingeschränktem Konsum, Erwerb von Gütern und Produktion von Abfall geraten. Nötig ist ein Umdenken in Sachen Lebensstil auf der Grundlage der Achtung vor der Natur, der Zurückhaltung bei der Ausbeutung der Rohstoffquellen der Welt, der Neudefinition der menschlichen Bedürfnisse und der Wiederherstellung der Würde des geschaffenen Lebens.“

„Wir unterstützen die Bemühungen der Führer der Welt und aller Menschen, das zu schützen und zu respektieren, was Gott geschaffen und uns anvertraut hat“, schreibt die adventistische Weltkirchenleitung zum Klimagipfel in Paris, der am 11. Dezember abgeschlossen werden soll.

Offizielle Stellungnahmen der adventistischen Weltkirchenleitung zur Umwelt (Englisch):

Environment: (1995)
<https://www.adventist.org/en/information/official-statements/statements/article/go/0/environment/42/>

The Dangers of Climate Change (1995)
<https://www.adventist.org/en/information/official-statements/statements/article/go/0/the-dangers-of-climate-change/30/>

Stewardship of the Environment (1996)
<https://www.adventist.org/en/information/official-statements/statements/article/go/0/stewardship-of-the-environment/30/>

Erklärung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei zur Frauenordination

Roseville, Kalifornien/USA/APD Am 14. Dezember publizierte SPECTRUM, Zeitschrift der Vereinigung adventistischer Foren in den USA, einen Bericht des Exekutivausschusses der adventistischen Kirchenleitung für Tschechien und die Slowakei (Církev adventistů sedmého dne

Česko-Slovenská unie). Dieser habe am 11. November eine Erklärung verabschiedet, welche den Beschluss der adventistischen Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) vom Juli 2015 zur Frauenordination bedauert. Der Beschluss der Weltsynode basiere auf kirchlicher Autorität, stehe aber nicht in Übereinstimmung mit dem biblischen Befund sowie im Widerspruch zu Artikel 14 der adventistischen Glaubensüberzeugungen, so der Exekutivausschuss, weshalb er Frauen ermutige, sich auch im Pastorendienst zu engagieren.

Die adventistische Weltsynode in San Antonio, Texas/USA, hat es im Juli 2015 abgelehnt, den weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) zu gestatten, in ihrem Gebiet tätige adventistische Pastorinnen zu ordinieren.

Laut SPECTRUM argumentiere der Exekutivausschuss der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei in seiner Erklärung zur Frauenordination mit der Aussage von Paulus im Brief an die Galater, Kapitel 3, Vers 28: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid ‚einer‘ in Christus Jesus.“ (Einheitsübersetzung). Die Adventisten in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei bezögen sich aber auch auf den 14. Glaubensartikel der Siebenten-Tags-Adventisten, „Die Einheit der Gemeinde Christi“, wo festgehalten ist: „Die Gemeinde ist ein Leib mit vielen Gliedern, herausgerufen aus allen Nationen, Geschlechtern, Sprachen und Völkern. In Christus sind die Gläubigen eine neue Schöpfung. Rassistische, kulturelle, bildungsmäßige, nationale, soziale und gesellschaftliche Unterschiede sowie Unterschiede zwischen Mann und Frau dürfen unter uns nicht trennend wirken.“

Reformation in Böhmen und Mähren versuchte Stellung der Frau wiederherzustellen

Dem Vorbild Jesu als auch der frühen christlichen Kirche folgend, seien im Mittelalter die Reformationsbemühungen in der tschechischen und später auch in der mährischen sowie slowakischen Kirche davon gekennzeichnet gewesen, die Stellung der Frauen in der Kirche wiederherzustellen. Die Verbreitung des Evangeliums durch den Reformator Jan Hus sei von frommen Frauen wie der tschechischen Königin Sophie von Bayern oder später von Anna Bodenstein (von Mochau) stark unterstützt worden, so die Erklärung. Als Nachfahren der Reformation in Mitteleuropa stünden sie mit Stolz zur Verantwortung, dieses geistliche Erbe in Kirche und Gesellschaft wiederzubeleben. Das Streben nach einer würdevollen und gerechten Stellung der Frau gehöre zu den bedeutendsten Werten, aus denen die ehemals gemeinsamen Republiken im letzten Jahrhundert entstanden seien. „Frauen sind bezüglich

ihrer sozialen Stellung in der mittel-europäischen Kultur wichtiger als Männer“, schreibt der Exekutivausschuss in der Erklärung.

Keine biblischen oder theologischen Hindernisse für die Frauenordination

Im Mai 2014 hätten deshalb die Delegierten der Generalversammlung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei klar gemacht, dass sie „zustimmen, Frauen in unserer Kirchenregion zum Pastorendienst zu ordinieren“. Ebenso hätten sie ihre volle „Unterstützung der Position des Exekutivausschusses der Intereuropäischen Division [teilkontinentale Kirchenleitung für West- und Südeuropa] zur Frauenordination gegeben“, welche auf der November-Sitzung 2013 beschlossen worden sei. Im Weiteren sei ihre Haltung im Juni 2014 durch den Abschlussbericht des globalen Studienkomitees zur Theologie der Ordination (Theology of Ordination Study Committee, TOSC) bestätigt worden. Dieser Bericht habe nach zweijährigem Studium festgestellt, dass es keine biblischen oder theologischen Hindernisse für die Frauenordination gäbe.

In der Erklärung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei zur Frauenordination heißt es weiter, dass der Heilige Geist seine Gaben allen Gläubigen, unabhängig vom Geschlecht, zuteile. Zudem hätten Frauen von Anfang an in der Kirche eine wichtige Rolle gespielt. „Ihre Entschlossenheit, Gaben und Talente sind ein Segen für den ganzen Leib Christi.“

Beschluss der Weltsynode als Ausdruck kirchlicher Autorität

Die Entscheidung der adventistischen Weltsynode im Sommer 2015 bezüglich der Frauenordination habe ihn betrübt, schreibt der Exekutivausschuss in der Erklärung, da dieser Beschluss allem vorgängig Erwähnten widerspreche. „Wir verstehen deshalb diese Entscheidung als Ausdruck der kirchlichen Autorität und nicht als eine mit Bezug zur Bibel oder zu unseren Glaubensüberzeugungen, welche die Gleichberechtigung von Männern und Frauen garantieren. Wir respektieren kulturelle Besonderheiten unserer Glaubensgenossen in anderen Teilen der Welt, erwarten aber auch, dass sie unsere respektieren.“

Laut SPECTRUM schließt die Erklärung mit einer Einladung an die Frauen in den adventistischen Gemeinden in der Tschechischen und Slowakischen Republik, sich im Gemeindedienst einzubringen, auch in den Pastorendienst, sofern sie sich von Gott dazu berufen fühlten. „Wir betrachten die Beteiligung von Frauen im Dienst am Evangelium in unserem Gebiet als äußerst notwendig und wünschenswert. Wir sind bereit, alles dafür einzusetzen, um dies zu ermöglichen“, so die Erklärung.

Adventisten in Tschechien und in der Slowakei

In Tschechien (10,5 Millionen Einwohner) und in der Slowakei (5,4 Millionen Einwohner) feiern 9.811 erwachsen getaufte Adventisten in 186 Kirchgemeinden am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, ihren Gottesdienst. Die Adventisten der beiden Länder bilden auch nach der politischen Trennung Ende 1992 weiterhin eine Kirchenregion mit einer Leitung. Sie betreiben eine Grundschule, ein theologisches Seminar, einen Verlag, ein Altersheim sowie je eine nationale Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Slowakei (<http://adra.sk/en>) und ADRA Tschechien (<http://www.adra.cz/eng/about-us>).

Wortlaut der Erklärung der Adventisten in Tschechien und in der Slowakei zur Frauenordination:

Tschechisch:

<http://www.casd.cz/wp-content/uploads/2015/11/V%C3%BDbor-a-ordinace.pdf>

Slowakisch:

<http://www.casd.cz/wp-content/uploads/2015/11/Preklad-stanovisko-2.pdf>

Englisch:

<http://spectrummagazine.org/article/2015/12/14/czech-o-slovakian-union-conference-issues-statement-favor-ordaining-women>

Treffen zur Ermutigung adventistischer Pastorinnen in Kopenhagen

Kopenhagen/Dänemark/APD Am 1. Dezember haben sich in Kopenhagen 36 adventistische Pastorinnen aus Dänemark, Estland, Finnland, Litauen, den Niederlanden, Norwegen und Schweden mit den Kirchenleitern der Siebentags-Adventisten in Nord- und Südosteuropa (Transeuropäische Division, TED) getroffen. Es sei dies das zweite Ermutigungstreffen für adventistische Pastorinnen dieser Art, teilte TED-News mit.

Nach dem „Nein“ der adventistischen Weltsynode im Sommer 2015 in San Antonio, Texas/USA, wonach es den weltweit 13 teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) auch weiterhin nicht gestattet sein soll, in ihrem Gebiet Frauen, die im Pastorendienst tätig sind, zu ordinieren, seien am Treffen adventistischer Pastorinnen in Kopenhagen Erfahrungen und Reaktionen auf diesen Beschluss ausgetauscht worden. Einige der adventistischen Pastorinnen seien vom Beschluss enttäuscht gewesen, andere tief verletzt und anderen sei gar geraten worden den Pastorendienst zu verlassen, so TED-News.

Einen Tag nach dem negativen Beschluss der adventistischen Weltsynode habe Pastor Rafaat Kamal, TED-Kirchenleiter, einen ermutigenden und unterstützenden Brief an die adventistischen Pastorinnen in Nord- und Südosteuropa geschickt. Darin habe er eine solche Zusammenkunft angekündigt, an dem auch die nationalen Kirchenleiter anwesend sein sollten, um gemeinsam nachzudenken, sich auszusprechen und sich zu ermutigen.

Pastorin Guiséle Berkel-Larmonie, aus den Niederlanden, habe zur Andacht aus der Bibel, dem alttestamentlichen Propheten Micha, Kapitel 6 Vers 8 das zitiert, was Gott von allen erwarte: „Halte dich an das Recht, sei menschlich zu deinen Mitmenschen und lebe in steter Verbindung mit deinem Gott!“ (Gute Nachricht Bibel).

TED-Kirchenleitung sucht Lösung für die Ungleichheit in der Ordinationsfrage

Pastor Rafaat Kamal, TED-Kirchenleiter, bestätigte erneut seine Absicht, welche auch von der teilkontinentalen Kirchenleitung geteilt werde, so lange an dieser Problematik von Ordination und Ungleichheit zu arbeiten, bis sie gelöst sei. Die überregionalen, meist nationalen Kirchenleiter (Unionen/Verbände) der TED-Kirchenregion informierten, was in ihrem Gebiet bezüglich des Nein-Votums der adventistischen Weltsynode unternommen worden sei. In einigen Ländern seien unterstützende Erklärungen bezüglich der Arbeit adventistischer Pastorinnen veröffentlicht worden sowie verschiedene Zugänge gesucht worden, um Lösungen zu finden.

Das wichtigste am Ermutigungstag seien aber die Gruppengespräche gewesen, so TED-News. Dort hätten die adventistischen Pastorinnen einander zugehört, über ihre Verletzungen gesprochen, sich getröstet, ermutigt, um Weisheit, Kraft, Bescheidenheit und die Willigkeit gebetet, trotz Widerstand und Schwierigkeiten weiterhin als Pastorinnen zu dienen.

Schießerei in San Bernardino: Adventisten trauern mit Opferfamilien

Silver Spring, Maryland/USA/APD Bei der Schießerei in einem Sozialzentrum für Behinderte in San Bernardino, Kalifornien/USA am 2. Dezember hat ein Ehepaar 14 Personen erschossen und 17 verwundet, bevor es selbst von der Polizei erschossen wurde.

„Unsere Herzen sind bei den Familien, die ihre Angehörigen in der tragischen Schießerei in San Bernardino verloren haben“, schrieb der adventistische

Weltkirchenleiter Pastor Ted C. Wilson auf seiner Facebookseite. Er bete für die Opferfamilien, die Verwundeten, darunter auch Amanda Gaspard (31), eine Adventistin, als auch für das medizinische Personal von Loma Linda University Health (LLUH), einem adventistischen Krankenhaus, in dem einige der Verwundeten gepflegt würden.

Die adventistische Kirchenleitung in Nordamerika bat um Fürbitte für alle, die von diesem tragischen Vorfall betroffen worden seien, für die Trauernden, die Verwundeten, das Pflegepersonal, für jene, die in Angst lebten sowie für das Baby und die Eltern des Amoklaufenden Ehepaars.

Britische Luftschläge in Syrien: Adventisten rufen zum Frieden auf

Watford/England/APD Am 2. Dezember hat die britische Regierung beschlossen, mit Luftschlägen in den Syrienkonflikt einzugreifen. Unmittelbar darauf hat die Kirchenleitung der Adventisten in England, Irland, Schottland und Wales (British Union Conference, BUC) dazu aufgerufen, die Gewaltspirale zu beenden und den Dialog zu suchen, da Gewalt nur das erzeuge, was sie beseitigen wolle. Dunkelheit könne die Dunkelheit nicht vertreiben, das schaffe nur das Licht.

„Die zunehmende Gewalt und die Zahl der durch Gräueltaten Vertriebenen in Irak, Syrien und anderen vom Krieg zerrissenen Teilen der Welt erfüllen unsere Herzen mit Trauer. Wir solidarisieren uns mit jenen, die Angehörige, ihre Existenzgrundlage und Häuser verloren haben. Wir beten für all jene, die leiden“, heißt es in der Einleitung des Appells zum Dialog und Frieden der adventistischen Kirchenleitung in Großbritannien.

Nach dem Beschluss des britischen Parlaments, mit Luftangriffen in den Syrienkonflikt einzugreifen, anerkenne die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, dass die Bekämpfung des Terrorismus sowie Fragen in dessen Zusammenhang komplex und sehr vielfältig seien. Dennoch seien die Adventisten dem Frieden verpflichtet.

„Als Kirche drücken wir unsere tiefe Besorgnis aus über die anhaltende Gewalt in Syrien, die Verluste an Menschenleben sowie Elend und Leid über unschuldige Männer, Frauen und Kinder bringt und die Vertreibung von einigen Millionen Bewohnern in Syrien verursacht hat“, schreibt Pastor Ian Sweeney, Präsident der Adventisten in Großbritannien und Irland im Aufruf.

Die Adventisten appellierten an alle am Syrienkonflikt beteiligten Parteien, die militärischen Aktivitäten einzustellen und sich friedlichen Konfliktlösungsmethoden zuzuwenden. „Es ist unsere Überzeugung, dass Dialog und Verhandlungen zwar schwierig, aber Gewalt und Krieg vorzuziehen sind“, heißt es im Appell.

Dunkelheit kann keine Dunkelheit vertreiben, nur Licht kann es

Es widerspreche ihrem christlich-biblischem Verständnis, Gewalt mit Gewalt zurückzuzahlen und es bringe auch nicht die gewünschten Ergebnisse, so die britische Kirchenleitung der Adventisten. Vielmehr hielten sie es mit Martin Luther King Jr., der gesagt habe: „Die äußerste Schwäche der Gewalt ist, dass sie eine Spirale nach unten darstellt und genau das erzeugt, was sie zu zerstören sucht. Anstatt das Übel zu vermindern, vervielfältigt sie es. Du magst durch Gewalt einen Lügner ermorden, aber du kannst nicht die Lüge töten, noch weniger dadurch der Wahrheit Geltung verschaffen. Durch Gewalt mordest du den Hassenden, aber nicht den Hass. In der Tat, Gewalt vermehrt nur Hass. Gewalt mit Gewalt zu erwidern vervielfältigt die Gewalt und fügt einer sternenlosen Nacht noch tiefere Finsternis zu. Dunkelheit kann keine Dunkelheit vertreiben, nur Licht kann das tun. Hass kann nicht Hass vertreiben, nur Liebe kann das“.

Adventistisches Krankenhaus in Hongkong mit 25-stöckigem Anbau

Hongkong/VR China/APD Das Tsuen Wan Adventist Hospital der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat im Hongkonger Stadtteil Tsuen Wan einen 25-stöckigen Anbau eingeweiht. Damit erhöht sich die Bettenzahl von 120 auf 470. Die Baukosten betragen 1,7 Milliarden Hongkong-Dollar (206 Millionen Euro).

Laut dem Ärztlichen Direktor des Krankenhauses, Dr. Frank Yeung, wurde mit dem Bau 2011 neben dem bisherigen fünfstöckigen Hospital begonnen. Es ist das einzige private, gemeinnützige Krankenhaus im Hongkonger Stadtteil Tsuen Wan mit etwa 1,5 Millionen Einwohnern. 20 Prozent der Betten sind für Patienten mit niedrigem Einkommen reserviert. Während bisher zwischen 300 und 400 Patienten täglich ambulant behandelt werden konnten, seien nun bis zu 1.000 möglich. Im neuen Gebäude gibt es unter anderem zehn Operationssäle, elf Betten der Intensivmedizin und vier Räume für die Endoskopie. Das Tsuen Wan Adventist Hospital in Hongkong hat neben der Allgemeinmedizin Fachabteilungen für Herzkrankheiten, Gynäkologie, Geburtshilfe, Chirurgie, Kinderheilkunde, Orthopädie und Urologie. Weitere Informationen in englischer Sprache

unter www.twah.org.hk

Der „China-Doktor“

Das Krankenhaus wurde 1964 von Dr. Harry Willis Miller (1878-1977) gegründet. Der adventistische Arzt ist als „China-Doktor“ bekannt geworden. Er kam erstmals 1903 in das Land und gründete 1925 für die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Schanghai sein erstes Krankenhaus, dem 18 weitere folgen sollten, davon 14 in China. Der Missionsarzt, Chirurg, Verleger und Krankenhausleiter gründet 1971 in einem anderen Stadtteil auch das 115 Betten umfassende Hongkong Adventist Hospital. Dessen Schwerpunkte sind neben der Allgemeinmedizin Herzleiden, Onkologie, Chirurgie, Urologie, Geburtshilfe, Gynäkologie, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Vorsorgemedizin (Prävention). Weitere Informationen: www.hkah.org.hk

Ein weltweites Netzwerk an Gesundheitseinrichtungen

Die beiden Krankenhäuser gehören zum „Adventist Health System“ der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die weltweit 175 Krankenhäuser sowie 269 Tageskliniken und Sanitätsstationen unterhält in denen jährlich über 17,7 Millionen Patienten ambulant und stationär behandelt werden. In Deutschland unterhält die Freikirche das 160-Betten-Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf, die Privatklinik „Nikolassee“ (17 Betten) in Berlin-Nikolassee und die Fachklinik „Haus Niedersachsen“ für Abhängigkeitserkrankungen in Dedelstorf-Oerrel bei Wolfsburg mit 66 Behandlungsplätzen.

Kairo: „Think Green“ - Adventistische Schule entsorgt 240 Tonnen Müll

Beirut/Libanon/APD Dozenten und Studenten der adventistischen „Nile Union Academy“ in Kairo/Ägypten haben während zehn Tagen rund 240 Tonnen Müll entsorgt. Dieser war illegal von Anwohnern und Passanten entlang der Grundstücksmauer der Mittelschule am Straßenrand deponiert worden. Der Abfallberg erstreckte sich über rund 80 Meter, war teilweise 2,5 Meter hoch, brannte stellenweise Tag und Nacht und hat die Luft in der Nachbarschaft mit einem giftigen Rauch verschmutzt.

Laut dem Bericht der Kommunikationsabteilung der adventistischen Kirchenleitung für den Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) mit Sitz in Beirut/Libanon, habe sich die Situation außerhalb den Mauern der Mittelschule in den vergangenen drei Monaten grundlegend

verändert. Dozenten und Studenten der „Nile Union Academy“ in Kairo hätten mit der Umsetzung eines ehrgeizigen Planes für Entsorgung, Recycling und Umweltbildung in der Nachbarschaft begonnen. In zehn Tagen seien von ihnen rund 240 Tonnen Müll entsorgt worden, der durch die Lastwagen der Stadtbehörden wegtransportiert worden sei. Der Erfolg habe sowohl die Anwohner als auch die Stadtbehörden so beeindruckt, dass weitere Schulen und Stadtbezirke diese Initiative nachahmen wollten.

„Das Hauptproblem der öffentlichen Gesundheit in Ägypten ist heute die Entsorgungsfrage“, sagte Ronylson Freitas, adventistischer Experte für Umweltmanagement aus Brasilien. Er war von der lokalen adventistischen Kirchenleitung nach Ägypten eingeladen worden, um das Müllproblem anzugehen. „Mir war sofort klar, dass eine verantwortliche Abfallentsorgung das tägliche Leben der Menschen verbessern wird“, sagte Freitas.

„Think Green“

Nachdem er vorerst nur alle sechs Monate für 30 Tage nach Ägypten kommen wollte, bemerkte Ronylson Freitas bald, dass er dauerhaft vor Ort sein musste, um bezüglich Entsorgung die Denkweise und Kultur zu ändern. Das könne man nur durch tägliches Zusammenarbeiten, Lehren und indem man Beziehungen aufbaue, so der Umweltexperte. Er sei mit seiner Frau nach Ägypten gezogen, habe eine Organisation mit dem Namen „Think Green“ (Grün denken) gegründet und plane den Bau eines „Think Green Recycling Centers“, so der MENA-Bericht. Dort wolle er für Umweltfragen sensibilisieren und im Stadtbezirk Workshops zur Wiederverwertung von gebrauchten Materialien anbieten.

Adventistische Weltkirchenleitung: Menschen mit besonderen Bedürfnissen vermehrt einbeziehen

Silver/Spring, Maryland/USA/APD Der Verwaltungsausschuss der adventistischen Weltkirchenleitung anerkennt die Notwendigkeit, Menschen mit besonderen Bedürfnissen (Waisen, Gehörlose, Sehbehinderte sowie körperlich und geistig Behinderte) vermehrt in die Überlegungen und Planungen der Kirche aktiv einzubeziehen. Deshalb habe er laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR) den Beschluss gefasst, die Bedeutung des seit 2011 bestehenden „Komitees für Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ aufzuwerten. Es wurde ein „Dienst für Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ geschaffen und Larry R. Evans als dessen Koordinator sowie als Assistent dem

adventistischen Weltkirchenleiter Ted C. Wilson direkt unterstellt. Damit soll diesem Anliegen innerhalb der adventistischen Kirche weltweit Nachdruck verliehen werden.

Das 2011 vom Verwaltungsausschuss der adventistischen Weltkirchenleitung gegründete „Komitee für Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ sei einer anderen großen Abteilung (Gemeindeaufbau & Sabbatschule) unterstellt gewesen. Diese Abteilung habe sich diesbezüglich vorwiegend um Sehbehinderte oder Menschen mit anderen körperlichen Behinderungen gekümmert. Sie habe aber im umfassenden Sinn den Anliegen von Menschen mit besonderen Bedürfnissen nicht genügend Aufmerksamkeit schenken können, so AR.

Die Aussagen von Ellen G. White, Mitbegründerin der adventistischen Kirche, zum Dienst an Menschen mit besonderen Bedürfnissen, hätten mitgeholfen, diese Neugewichtung zu beschließen. Es liege in Gottes weiser Voraussicht, „dass Witwen und Waisen, Blinde, Gehörlose, Gelähmte und Menschen, die auf vielfältige Weise geplagt oder behindert sind, in enge Beziehungen zu seiner Gemeinde gebracht“ werden, schrieb Ellen White. Es sei entscheidend, „wie wir solche Menschen behandeln, die unser Mitgefühl, unsere Liebe und unser uneigennütziges Wohlwollen brauchen“, so White.

Einbezug, nicht Ausgrenzung

Bei der Neuausrichtung der Dienste für Menschen mit besonderen Bedürfnissen gehe es darum, so Larry Evans, ihnen Möglichkeiten zu bieten, sich an der Erfüllung des Auftrags der Kirche zu beteiligen. In einigen Fällen müssten bauliche Anpassungen an Gebäuden vorgenommen werden. Das Hauptaugenmerk liege aber darin, den Waisen, Gehörlosen, Sehbehinderten sowie körperlich und geistig Behinderten die Beteiligung am Auftrag der Kirche zu ermöglichen und sie nicht auszugrenzen.

„Behinderung ist Teil des Menschseins“, so Evans. Viele Menschen hätten im Laufe ihres Lebens temporär oder dauerhaft eine Behinderung. Deshalb sei die Sensibilisierung der Kirche und ihrer Mitglieder auf die Anliegen von Menschen mit Behinderungen oder besonderen Bedürfnissen und für diesen Dienst entscheidend.

Die Besonderheit jeder dieser fünf Gruppen – Waisen, Sehbehinderte, Gehörlose und Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen – solle laut Evans gewahrt bleiben. Es sei geplant einen weltweiten, adventistischen Beirat zu schaffen, um diese Anliegen bei der Entwicklung von strategischen Plänen der Kirche einzubringen. „Jede der fünf Gruppen hat der weltweiten Kirche so viel zu bieten, aber auch zu empfangen“, so

Larry Evans.

ENTWICKLUNG

Kinder verschenken Weihnachtsfreude

Diesjährige ADRA-Aktion „Kinder helfen Kindern“ abgeschlossen

Weiterstadt/ADRA/APD Seit 1998 wird die Aktion „Kinder helfen Kindern“ von der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland durchgeführt. Wie das Hilfswerk mitteilte seien zum Jahresende 2015 insgesamt 13 LKW mit 35.352 Geschenkpaketen und 4.121 großen Kartons mit zusätzlichen Hilfsgütern (Bettwäsche, Handtücher, Hygieneartikel, Spielzeug etc.) aus Deutschland nach Litauen, Ukraine, Moldau, Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo eingetroffen oder dahin unterwegs, um bedürftigen Kindern zu Weihnachten eine Freude zu machen. Die Päckchen seien überwiegend von Kindern selbst gepackt worden.

„Nach Russland und Armenien werden Gelder geschickt, um im Land direkt Pakete für die Kinder zu packen“, sagte ADRA Aktionsleiterin Anja Emrich. „In Russland werden zwei Drittel der Pakete an Flüchtlingskinder aus der Ukraine verteilt.“ Vermehrt seien in diesem Jahr Päckchen an Kinder in sozialen Einrichtungen oder Flüchtlingsunterkünften in Deutschland weitergegeben worden. Die genauen Zahlen sollen laut ADRA Ende Januar 2016 vorliegen.

Mit den gesammelten Spendengeldern sollen sowohl die Aktionskosten beglichen als auch Projekte gefördert werden, die den Kindern langfristig eine bessere Zukunft eröffnen. „Ein Päckchen bringt zwar für eine kleine Weile Freude, verändert aber nicht nachhaltig die schlechte Lage der Kinder und Jugendlichen“, gab Emrich zu bedenken.

„Fluchtursachen bekämpfen und faire Asylverfahren sichern“

ADRA Deutschland e.V. zum Tag der Menschenrechte

Weiterstadt (bei Darmstadt)/ADRA/APD Die adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA e.V. mit Sitz in Weiterstadt hat zum Internationalen Tag der Menschenrechte die Situation der Schutzsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union erneut in den Fokus gerückt. Menschenrechte seien weder verhandelbar noch interpretierbar. Sie dürften nicht dem politischen Kalkül unterworfen werden.

„Als weltweit tätige Hilfsorganisation versuchen wir nachhaltig die Lebensumstände der Menschen in ihren Heimatländern zu verbessern. Da, wo als Ausweg aus einer Krise nur die Flucht bleibt, kümmern wir uns um die Schutzsuchenden und versuchen ihre Entbehrungen zu mildern“, sagte ADRA Deutschland-Geschäftsführer Christian Molke. „Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen in Deutschland und in der Europäischen Union, die Lasten gemeinschaftlich zu verteilen und faire Asylverfahren zu gewährleisten“, so Molke weiter.

ADRA Pressesprecher Martin Haase: „Menschenrechte sind weder verhandelbar noch interpretierbar. Sie dürfen nicht dem politischen Kalkül unterworfen werden.“ Politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge hätten Anspruch auf aktive Solidarität, wie sie seit Wochen durch unzählige Ehrenamtliche, durch Hilfsorganisationen und in den Kommunen praktiziert werde. „Hilfsbereitschaft sollte sich immer an Bedürfnissen orientieren und darf keinesfalls nur unseren eigenen Überschuss an Vorräten und Ressourcen anbieten“, empfiehlt das Bündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“ zu deren Initiatoren neben ADRA Deutschland das Advent-Wohlfahrtswerk, die Theologische Hochschule Friedensau sowie die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zählen.

ADRA Brasilien versorgt Betroffene der Schlammlawine mit Trinkwasser

Brasilia/Brasilien/APD Nachdem am 10. November im Bundesstaat Minas Gerais, im Südosten Brasiliens, zwei Rückhaldedämme von Eisenerzminen gebrochen sind, begrub die giftige, orangefarbige Schlammlawine ein Dorf und verseuchte die 660 Kilometer des Rio Doce

bis zur Mündung im Atlantik. Rund 250.000 Bewohner entlang des Flusses waren ohne Trinkwasser. Das Land sei mit einer der größten Umweltkatastrophen seiner Geschichte konfrontiert, teilte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Brasilien mit. Das Hilfswerk versorge die Betroffenen der Umweltkatastrophe mit Trinkwasser und Hygiene-Kits.

Die toxischen Bestandteile der Schlammlawine, darunter Arsen, Zink, Kupfer und Quecksilber, hätten die Wasserversorgung in der Region verschmutzt und machten das Wasser nicht behandelbar. Durch die Schlammlawine seien zwölf Personen gestorben, elf seien vermisst worden und 500 hätten ihr Zuhause verlassen müssen, so das Hilfswerk.

Unmittelbar nach der Katastrophe habe ADRA Brasilien die Hilfe seitens der nationalen Regierung und des Bergbauunternehmens durch die Verteilung von Hygiene-Kits (Seife, Shampoo, Toilettenpapier, Einwegwindeln) an mehr als 600 Familien ergänzt. Mit dem Verbreiten des Schlammes hätten sich auch die Bedürfnisse der betroffenen Bewohner klarer gezeigt. Gemeinsam mit ADRA Brasilien versorgten adventistische Schulen und Pfadfindergruppen in der Region die bedürftigen Familien.

Das Hilfswerk plant nach eigenen Angaben 200.000 Liter Trinkwasser an 1.900 Familien in der Stadt Governador Valadares und 60.000 Liter an 570 Familien in Colatina auszugeben.

ADRA Brasilien

Die 1956 in Brasilien gegründete Assistência Social Adventista wurde 1983 in Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Brasilien umbenannt. Das Hilfswerk hat landesweit elf regionale Büros, so im Amazonas-Gebiet, Bahia, Mato Grosso, Rio de Janeiro, Sao Paulo als auch in den betroffenen Region Espirito Santo und Minas Gerais. 2014 hat das Hilfswerk 59 Projekte im Rahmen von 17,8 Millionen Real (4,35 Millionen Euro) ausgeführt von denen rund 126.000 Menschen profitiert haben. ADRA Brasilien gehört zum weltweiten Netzwerk von rund 130 nationalen und regionalen ADRA Büros. Mehr Infos zu ADRA Brasilien: www.adra.org.br

Bosnien und Herzegowina 20 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton

Journalistische Gesprächsrunde mit ADRA und Islamic Relief

Köln/APD Dreieinhalb Jahre nach dem Krieg in Bosnien und Herzegowina wurde am 21. November 1995 unter Vermittlung der USA mit Beteiligung der Europäischen Union in der Wright-Patterson Air Force Base bei Dayton (Ohio) der Friedensvertrag paraphiert und am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet. 20 Jahre später befassten sich die Hilfsorganisationen ADRA Deutschland und Islamic Relief Deutschland in einer Gesprächsrunde mit ihrem Engagement in dieser Region. Im Oktober 2015 führte Islamic Relief eine Journalistenreise nach Bosnien und Herzegowina durch. Medienvertreter, die an der Reise teilgenommen hatten, kamen ebenfalls zu Wort, um über ihre Eindrücke zu berichten.

Hilfe nur durch strikte Neutralität und Transparenz

Hartmut Wilfert, ehemaliger Pressesprecher der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, berichtete, dass 1992 nach Ausbruch des Krieges in Bosnien und Herzegowina immer weniger Hilfsorganisationen Zugang zum Kriegsgebiet gehabt hätten. Sie wären beschuldigt worden, nur die jeweils andere Seite zu unterstützen. Das Geheimnis der Weiterarbeit von ADRA „lag an unserer strikten Neutralität und Transparenz“. Das Hilfswerk stehe notleidenden Menschen unabhängig von ihrer politischen und religiösen Anschauung oder ihrer ethnischen Herkunft bei. Wilfert habe den Kriegsparteien zu verstehen gegeben: „Wird der Zugang zu den Bedürftigen der anderen Seite verweigert, wird auch die ADRA-Unterstützung für die eigenen Bedürftigen eingestellt.“ So hätten im Verlauf des Krieges im ehemaligen Jugoslawien ADRA-Organisationen aus 18 Ländern über 600.000 Lebensmittelpakete im Gesamtwert von über 30 Millionen D-Mark nach Bosnien und Herzegowina sowie nach Kroatien und Serbien gebracht. Dazu seien viele Tonnen Babynahrung, medizinischer Bedarf einschließlich Geräten sowie Kleidung und Schuhe gekommen.

Gefährliche Herausforderung: Das belagerte Sarajevo

Sarajevo wäre in diesen Zahlen nicht berücksichtigt. Die belagerte Stadt sei durch die Scharfschützen eine gefährliche Herausforderung gewesen, erinnert sich Wilfert. ADRA habe bis Ende 1995 2,5 Millionen Tonnen

Nahrungsmittel, 254.000 Tonnen Kleidung, 16.000 Paar Schuhe und rund 511.000 Nahrungsmittelpakete von privaten Spendern in die umkämpfte Stadt gebracht. Gleichzeitig seien über 3.400 Pakete und 1.164.600 Briefe durch ADRA aus Sarajevo befördert sowie rund 1,7 Millionen Briefe in die eingeschlossene Stadt gebracht und zugestellt worden. Etwa 50.000 Menschen hätten Medikamente oder medizinische Versorgung durch das adventistische Hilfswerk erhalten. Sehr schmerzlich wäre der Tod von zwei Mitarbeitenden bei ihrem Einsatz in Bosnien-Herzegowina gewesen. Fünf weitere seien zum Teil schwer verletzt worden. ADRA habe 1992 mit Hilfstransporten für Sarajevo, die Bedürftigen aller ethnischen Gruppen zugutekamen, begonnen. Ein Großteil der Spenden sei aus Deutschland gekommen.

Menschen sind auch noch 20 Jahre nach dem Krieg traumatisiert

Die Diplom-Psychologin Semsah Ahmetpahic, Leiterin des Projekts von Islamic Relief Bosnien und Herzegowina „Pass it forward“, gab zu bedenken, dass der Bosnienkrieg von 1992 bis 1995 zu insgesamt 258.000 Toten und Vermissten geführt habe. „Ganze Orte wurden ausgelöscht, tausende Menschen waren auf der Flucht.“ Am 11. Juli 2015 ereignete sich eine Grausamkeit in Bosnien, die bis heute im Land tiefe Wunden hinterlassen habe. Serbische Einheiten töteten im bosnischen Srebrenica rund 8.000 muslimische Jungen und Männer. Das Massaker gelte als das schlimmste Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Völkermord von Srebrenica beeinflusse auch 20 Jahre danach noch das Leben in Bosnien. Die Menschen hätten nach wie vor mit den Folgen des Krieges zu kämpfen.

Islamic Relief habe seit Beginn des Krieges 1992 in Bosnien gearbeitet und zahlreiche Projekte durchgeführt, so Semsah Ahmetpahic. Allein während des Krieges wären über 7.000 Tonnen Hilfsgüter durch Islamic Relief an die Menschen vor Ort verteilt worden. Die Organisation habe mitgeholfen die zerstörte Infrastruktur wieder aufzubauen und unterstütze die Bevölkerung auch jetzt noch durch zinslose Mikrokredite, damit Menschen ihre Selbständigkeit wiedererlangen und der Armut entkommen. Ein Büro in Sarajevo mit 15 Mitarbeitenden koordiniere die Arbeit. Es gebe auch ein Projekt zur Unterstützung von Waisenkindern. Neben finanzieller Hilfe würden sie Maßnahmen zur Traumabewältigung und Förderung im Bildungsbereich erhalten. Dafür würden allein in diesem Jahr 1,4 Millionen Euro aufgewendet.

Ganze Generationen traumatisiert

Das Projekt „Pass it forward“ (Gib es weiter) wende sich vor allem an Frauen und Kinder. Die Eltern litten auch 20 Jahre nach dem Krieg an den schrecklichen Erlebnissen, was sich auch auf ihre Kinder auswirke. Ziel des Projektes sei es, die geistige Gesundheit der bosnischen

Gesellschaft insgesamt zu steigern, indem etwa 400 Begünstigte psychosoziale Hilfe und Unterstützung erhielten. „Die Behandelten sollen dazu befähigt werden, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen und die Hilfe, die ihnen zuteilwird, an Menschen in ihrer Umgebung weiterzugeben“, erläuterte Semsah Ahmetpahic. Sie gab zu bedenken, dass schon während des Zweiten Weltkriegs die Großeltern in Bosnien durch die Grausamkeiten der serbisch-nationalen Tschetniks traumatisiert worden seien. Mehr als 100.000 Muslime wären damals dem Terror zum Opfer gefallen. Unter diesem Trauma hätten auch ihre Kinder gelitten, die dann selbst wieder im Bosnienkrieg Schreckliches erlebten. Zudem trage die Korruption im Land dazu bei, dass die Menschen kein Vertrauen mehr zu ihrer Regierung und auf eine bessere Zukunft hätten.

Hilfsbedürftige mit Respekt behandeln

Die Teilnehmer der Journalistenreise im Oktober 2015 nach Bosnien und Herzegowina, Daniel Heinrich, Redakteur der Deutschen Welle und des Deutschlandradios, Ralph Delhees, Chefredakteur des Magazins Rhein-Main Online, und Martin Reinkowski, Journalist des Netzwerks Nost in Belgrad, äußerten sich positiv zu den von Islamic Relief vergebenen zinslosen Kleinkrediten. Sie hätten Familien zu einer neuen Existenz verholfen. Heinrich wies darauf hin, dass es in Bosnien nicht um einen Religionskrieg gegangen sei. Jedoch hätten bestimmte Personen Konflikte geschürt, um dadurch Vorteile zu erlangen. So seien zwischen den Ethnien Gräben entstanden, die es vorher nicht gegeben habe. Delhees stellt fest, dass die Bevölkerung in Bosnien desillusioniert sei. Sie fühle sich alleingelassen, da keiner helfe. Um wieder Vertrauen zu schaffen sei es notwendig Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, betonte Reinkowski. Dabei gelte es die Hilfsbedürftigen mit Respekt zu behandeln und dafür Sorge zu tragen, dass die Projekte helfen, die Würde der Menschen wieder aufzubauen.

Islamic Relief Deutschland, 1996 in Köln gegründet, ist eine international tätige Hilfsorganisation. Sie ist Teil eines Netzwerkes von Partner- und Projektbüros in über 40 Ländern. Die Nothilfe- und Entwicklungsprojekte kommen bedürftigen Menschen in Afrika, Asien, Nahost und Osteuropa zugute. Die Gründungsgeschichte von Islamic Relief geht auf das Jahr 1984 zurück und begann mit der Bekämpfung einer Hungersnot am Horn von Afrika. Weitere Informationen unter:

www.islamicrelief.de

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland wurde 1986 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt gegründet. Sie ist Mitglied in einem weltweiten Netzwerk mit 140 nationalen Büros. ADRA Deutschland führt Projekte in über 40 Ländern durch. Weitere Informationen unter:

www.adra.de

Beide Hilfsorganisationen sind Mitglied der „Aktion Deutschland hilft“ und bei „Gemeinsam für Afrika“.

KULTUR

50 Jahre Zweites Vatikanisches Konzil

Letztes Konzilsdokument brachte Wende zu menschenrechtlichem Verständnis der Religionsfreiheit

Wien/Österreich/KAP/APD Vor 50 Jahren - am 8. Dezember 1965 - wurde das Zweite Vatikanische Konzil von Papst Paul VI. feierlich beendet. „Es war die größte Kirchenversammlung in einer 2.000-jährigen Geschichte der Kirche und das 21. und bisher letzte ökumenische Konzil der katholischen Kirche“, schreibt die österreichische Katholische Presseagentur Kathpress im Dossier „Konzils-Ende vor 50 Jahren“. Die Erklärung „Dignitatis humanae“ über die Religionsfreiheit war das letzte Konzilsdokument. Es ging dabei um die Überwindung der bis dahin vorherrschenden Toleranzposition hin zu einer Neupositionierung der Kirche im Sinne eines positiven Verhältnisses zum Menschenrecht auf Religionsfreiheit.

Nicht von ungefähr war die Erklärung „Dignitatis humanae“ über die Religionsfreiheit das letzte Konzilsdokument, das bei der feierlichen Schlussabstimmung mit 2.308 Ja- gegen 70 Nein-Stimmen bei 8 ungültigen Stimmen am 7. Dezember 1965 angenommen und noch am selben Tag verkündet wurde. Das letztlich eindeutige Abstimmungsergebnis täuscht über die harten Auseinandersetzungen um diese Erklärung hinweg.

Überwindung von zweierlei Maß für „Wahrheit“ und „Irrtum“

In der ersten Vorlage des Konzils zu dieser Thematik wurde noch die traditionelle Auffassung aus dem 19. Jahrhundert vertreten, wonach ein Staat katholisch sein müsse, wenn die Mehrheit des Staatsvolkes Katholiken sind. In solch einem katholischen Staat sei die Bekenntnisfreiheit von Nichtkatholiken nur aufgrund des Gemeinwohls zu tolerieren. Sollten die Katholiken in einem Staat aber in der Minderheit sein, so seien den Katholiken und der Kirche alle Freiheit einzuräumen, weil es sich um die wahre Religion handle. Die Überzeugung,

dass bei der Religionsfreiheit zweierlei Maß anzuwenden sei - das eine für die Wahrheit, das andere für den Irrtum - bildete den Kern dieser traditionellen Haltung.

Verhältnis von Wahrheit und Freiheit

Im Laufe des Konzils wurde klar, dass die traditionelle Toleranztheorie für die staatliche Rechtsordnung keine Geltung mehr beanspruchen konnte. In der Konzilserklärung wird die notwendige Unterscheidung zwischen der moralischen und der rechtlichen Dimension von Religionsfreiheit angebracht: Dabei blieb die moralische Pflicht, die Wahrheit zu suchen, aufzunehmen und zu bewahren, weiterhin aufrecht; gleichzeitig wurde aber für den rechtlichen Bereich die Religionsfreiheit festgehalten. Das Verhältnis von Wahrheit und Freiheit wird in der Konzilserklärung dahingehend bestimmt, dass um der Wahrheit willen die Religionsfreiheit als Recht des Menschen besteht, damit der einzelne sie in Freiheit ergreifen und danach leben kann.

Inhalt der Konzilserklärung ist daher nicht der Wahrheitsgehalt einer Religion, sondern „das Recht der Person und der Gemeinschaften auf gesellschaftliche und bürgerliche Freiheit in religiösen Dingen“, wie es im Untertitel der Erklärung heißt. Schon im ersten Kapitel wird daher die Absicht betont „die Lehre der neueren Päpste über die unverletzlichen Rechte der menschlichen Person wie auch ihre Lehre von der rechtlichen Ordnung der Gesellschaft weiterzuführen“.

Freiheit von Zwang in religiösen Angelegenheiten

Die Nummer 2 des Konzilsdokuments formuliert die Kernaussage mit folgenden Worten: „Das Vatikanische Konzil erklärt, dass die menschliche Person das Recht auf religiöse Freiheit hat.“ Der Inhalt dieses Rechts besteht im Freisein von Zwang in zweierlei Hinsicht. So darf der Mensch einerseits nicht gezwungen werden, gegen sein Gewissen zu handeln und andererseits darf niemand daran gehindert werden, innerhalb der gebührenden Grenzen privat und öffentlich, als einzelner oder in Verbindung mit anderen, nach seinem Gewissen zu handeln.

Staat schützt Religionsfreiheit

Die Konzilserklärung beschreibt auch Rechte, die Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften als Institutionen zukommen. Das betrifft beispielsweise die Gestaltung des Gottesdienstes, die Glaubensunterweisung und -verbreitung, Ausbildung und Einsetzung religiöser Amtsträger, grenzüberschreitende religiöse Kontakte und Beziehungen, den Erwerb und Gebrauch von Gütern sowie Aktivitäten in den Bereichen Erziehung, Kultur, Caritas und soziales Leben. Aufgabe des Staates ist es, das Recht auf Religionsfreiheit zu gewähren und zu schützen. Dabei kann auch innerhalb enger Grenzen gegen den Missbrauch der Religionsfreiheit vorgegangen

werden.

Jesus gewährte Glaubensfreiheit

Schließlich wird in den Nummern 9-14 der Konzilsklärung das Recht auf Religionsfreiheit aus dem Blickwinkel der Offenbarung weiter vertieft. So wird unter anderem darauf hingewiesen, dass Jesus und die Jünger die Freiheit des Menschen, zu glauben respektierten. Gleichzeitig wird in der Konzilsklärung selbstkritisch festgestellt, dass die Kirche im Lauf der Geschichte dieser Haltung auch zuwider gehandelt hat.

Mit der Erklärung über die Religionsfreiheit hat sich die Kirche von der traditionellen Bindung an den Staat gelöst und gleichsam die Last der Freiheit auf sich genommen, die gleichzeitig auch ihr Anspruch an die weltliche Ordnung ist. Das Konzilsdokument über die Religionsfreiheit schuf gemeinsam mit der Erklärung „Nostra aetate“ über die nichtchristlichen Religionen die Grundlage dafür, dass Kirchen und Religionen im öffentlichen Raum gleichberechtigt in einen Dialog treten können. Im Verbund mit der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ befeuerte und legitimierte es den Dienst der Kirche in der Welt und als Akteur innerhalb der Staatengemeinschaft.

Weitere Meldungen und Hintergrundberichte zum Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils vor 50 Jahren im Kathpress-Themenpaket unter www.kathpress.at/konzil.

MEDIEN

YouTube bei Zwölf- bis 19-Jährigen vor Facebook und WhatsApp

Stuttgart/APD 61 Prozent der deutschen Jugendlichen benennen YouTube als liebstes Internetangebot. Mit weitem Abstand folgen Facebook (36 Prozent) und der Messengerdienst WhatsApp (29 Prozent). Mit 94 Prozent zählen fast alle Zwölf- bis 19-Jährigen generell zu den Nutzern von YouTube, vier von fünf Jugendlichen (81 Prozent) sehen sich mindestens mehrmals pro Woche Videoclips auf YouTube an, jeder Zweite nutzt die Videoplattform nach eigenen Angaben sogar täglich (52 Prozent).

Dabei sind Musikvideos bei den YouTube-Nutzern am beliebtesten: Innerhalb von 14 Tagen nutzen 78 Prozent Musikclips, auf dem zweiten Rang folgen lustige Clips (66 Prozent), Platz drei belegen Tutorials (43 Prozent), also Filme, in denen Dinge gezeigt und erklärt werden. „Let`s play-Videos“ – hier kann man Anderen beim Spielen digitaler Games zusehen – werden von 38 Prozent genutzt, 34 Prozent schauen sich mindestens einmal in 14 Tagen Sportvideos an. Inhalte, die schon einmal im Fernsehen gezeigt wurden, werden von einem Viertel (24 Prozent) angeschaut, jeweils 22 Prozent finden Gefallen an Produkttests oder Action-Cam-Videos. Das sind erste Ergebnisse der JIM-Studie 2015 (Jugend, Information, Multi-Media) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest.

Die Gesamtergebnisse der JIM-Studie 2015 wurden am 27. November 2015 im Musikpark Mannheim vorgestellt. Neben Fakten zum Thema Smartphone, zur subjektiven Wichtigkeit der Medien sowie zu Themeninteressen und zum Informationsverhalten der Jugendlichen enthält die Studienreihe Basisdaten zum Freizeitverhalten der Zwölf- bis 19-Jährigen sowie Mediennutzungsdaten zu Fernsehen, Radio, Internet, Büchern und digitalen Spielen.

Die Studienreihe JIM wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest seit 1998 jährlich in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Die repräsentative Studie bildet das Medienverhalten der Jugendlichen in Deutschland ab. Dazu wurden 1.200 Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren im Frühsommer 2015 telefonisch befragt.

Online-Suchdienst für Weihnachtsgottesdienste

Hannover/EKD/APD Wer an den Weihnachtstagen nach Gottesdiensten, Andachten, Christmetten und Krippenspielen sucht, findet auch in diesem Jahr wieder alle notwendigen Informationen unter www.weihnachtsgottesdienste.de.

Zahlreiche katholische Pfarrgemeinden, evangelische Kirchengemeinden sowie andere christliche Kirchen aus dem gesamten Bundesgebiet haben ihre Gottesdienste und Angebote an Heiligabend, den Weihnachtstagen, an Neujahr und am Dreikönigstag in eine umfangreiche Datenbank eingetragen.

Viele Gemeinden haben neben Ort, Termin und Pfarrer oder Pastorin außerdem angegeben, ob die Kirche behindertengerecht ausgestattet ist oder Gottesdienste in Fremdsprachen angeboten werden. Die Gottesdienste können bei dem Online-Suchdienst der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland bundesweit recherchiert werden; und zwar nach Konfession, Postleitzahl oder Ort und Termin.

Ganz gleich, ob man zu Hause feiert, zu Besuch bei Verwandten oder in den Urlaub gefahren ist: Auf www.weihnachtsgottesdienste.de findet jeder leicht das passende Angebot für den festlichen Kirchengang. Wer nicht nur an den Feiertagen viel unterwegs ist, kann unter www.wegweiser-gottesdienst.de das ganze Jahr hindurch nach evangelischen, katholischen und anderen christlichen Gottesdiensten in seiner Nähe suchen.

Neue Genfer Bibelübersetzung jetzt mit drei Verlagen

Stuttgart/APD Die Genfer Bibelgesellschaft und die Deutsche Bibelgesellschaft geben künftig gemeinsam mit dem Brunnen Verlag die Neue Genfer Übersetzung (NGÜ) heraus. Die NGÜ liegt inzwischen mit dem Neuen Testament, den Psalmen und den Sprüchen vor. In den kommenden Jahren sollen die restlichen Bücher des Alten Testaments übersetzt werden, um die Bibelausgabe zu vervollständigen.

Die drei Verlage kooperieren bei der Übersetzung, der Publikation und dem Vertrieb der NGÜ. Erste Teilausgaben der Bibelübersetzung sind im Jahr 2000 erschienen. Seit 2006 ist die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG) Partner der Genfer Bibelgesellschaft (Société Biblique de Genève; SBG) für die NGÜ. Das Neue Testament und die Psalmen erschienen 2010, das Neue Testament mit Psalmen und Sprüchen 2015.

Die Neue Genfer Übersetzung ist eine sogenannte kommunikative Bibelübersetzung. Dabei wird der Sinn des hebräischen und griechischen Originaltextes so verständlich wie möglich in zeitgemäßer Sprache wiedergegeben. Schlüsselbegriffe werden mithilfe von Querverweisen einheitlich verwendet und erleichtern so das Erkennen thematischer Zusammenhänge. Die NGÜ erscheint in einer als Notizbuch gestalteten Ausgabe, angelehnt an die persönlichen Reisetagebücher von Schriftstellern. Weitere Informationen zur Neuen Genfer Übersetzung unter: www.ngue.info

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend)
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto)
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland
20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Eli Diez-Prida (verantwortlich)
- APD-INFORMATIONEN online: www.apd.info
- Facebook: APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland
- Twitter: [@apd_info](https://twitter.com/apd_info)

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 18,5 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind rund 35.000 Mitglieder in 559 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.
